

Ver.di-Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung

(Zusammenstellung und Vorbemerkung: Bernhard Pfitzner)

[Inhaltsübersicht](#)

Vorbemerkung.....	2
Satzung	3
Grundsatzerklärung (18.3.2010)	4
Gründungskongress (19.-21.3.2001, Berlin).....	5
Antrag 13 „Frieden und Abrüstung“	5
3. Bundeskongress (17.-24.9.2011, Leipzig).....	7
Beschluss A 224 „Frieden und Sicherheit weltweit“	7
Weitere Beschlüsse	7
4. Bundeskongress (20.-26.9.2015, Leipzig) (noch fast leer)	8
Beschluss K 053 „Frieden und Abrüstungspolitik“	8
Weitere Beschlüsse	12
5. Bundeskongress (22.-29.9.2019, Leipzig).....	13
Beschluss E 135: „Für Frieden und Abrüstung“	13
Beschluss E 136: „Keine weitere Aufrüstung und gegen weiteren Sozialabbau“	16
Beschluss E 137: „Sofortige Senkung der Rüstungsausgaben! Keine Erhöhung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes!“	16
Weitere Beschlüsse	17
Resolution des Gewerkschaftsrates zum Krieg in der Ukraine (24/25.3.22)	18
6. Bundeskongress (17.-22.9.2023, Berlin)	20
Beschluss E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch..	20

Vorbemerkung

Mit der folgenden Zusammenstellung verfolge ich vorrangig zwei Ziele:

1. Zu meinem Referat

„Die ‚Zeitenwende‘ – Herausforderungen für gewerkschaftliche (ver.di) Friedenspolitik“

(im Netz verfügbar unter:

<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2022/12/ZeitenwendePfitzner1222.pdf>)

habe ich bereits eine Zusammenstellung von Materialien erstellt, auf die ich in dem Referat zurückgegriffen habe:

„Dokumentenanhang zum Referat ...“

(im Netz verfügbar unter:

<https://www.labournet.de/wp-content/uploads/2023/02/ZeitenwendePfitzner1222anhang.pdf>).

Um den Umfang dieser Zusammenstellung nicht ausufern zu lassen, hatte ich allerdings darin nur Dokumente aufgenommen, die ich in dem Referat ausdrücklich zitiere, hatte aber bereits angekündigt, dass ich eine umfangreichere Sammlung von ver.di-Dokumenten zum Thema vorbereite.

2. Der bevorstehende 6. Bundeskongress (17.-23.9. / Berlin <https://www.verdi.de/ueberuns/bundeskongress-2023>) wird sich – sowohl wegen der grundsätzlichen friedenspolitischen Orientierung von ver.di, aber ganz besonders natürlich aufgrund der aktuellen Situation) intensiv mit Fragen von Krieg, Frieden und damit zusammenhängenden Themen beschäftigen (müssen).

Dafür hoffe ich hier eine nützliche Arbeitshilfe zur Verfügung zu stellen.

Dokumente des 1. bis 4. Bundeskongresses konnte ich im Netz nicht mehr auffinden und habe deshalb auf mein Archiv auf meinem Rechner zurückgegriffen (für den 3. und 4. Bundeskongress). Sollten die Dokumente doch im Netz verfügbar sein, bin ich für entsprechende Hinweise dankbar.

Das gilt auch für sonstige Hinweise und Anregungen, insbes. natürlich für den Fall, dass sich trotz großer Sorgfalt Fehler eingeschlichen haben (bitte an: bernhard.pfitzner@web.de).

Hannover, 12.3.23

Bernhard Pfitzner

Ergänzung 5.10.23:

Nunmehr enthält die Zusammenstellung auch den [Beschluss E 084 des 6. Bundeskongresses](#) (17.-22.9.23, Berlin).

Satzung

Stand: Zuletzt geändert durch den Gewerkschaftsrat in seiner Sitzung am 12. Oktober 2021

Quelle:

https://www.verdi.de/++file++5e18559be5d86dc42e06ebef/download/2019_Satzung_Stand%20September.pdf

(zuletzt abgerufen 6.3.23)

III. Grundsätze

§ 5 Zweck, Aufgaben und Ziele

...

2. ...

ver.di tritt in Zusammenarbeit mit den internationalen Gewerkschaftsverbänden für die Wahrung und Verwirklichung der Menschenrechte, für die Achtung der Menschenwürde, für ein friedliches Zusammenleben, für den Schutz der natürlichen Umwelt und für eine sozial gerechte Weltordnung auf der Grundlage der Selbstbestimmung mit gleichen Entwicklungschancen in allen Regionen der Welt ein.

Anhang 1. Organisationsbereich

1. Der Organisationsbereich der ver.di umfasst:

alle Arbeitnehmer/innen, arbeitnehmerähnlichen Personen, Heimarbeiter/innen, freie Mitarbeiter/innen und andere Personen in freien Berufen, freiberuflich Tätige, Auszubildende und Studierende sowie Schüler/innen und Rentner/innen im Organisationsgebiet der ver.di in den folgenden Branchen, Wirtschaftszweigen und Berufen:

...

1.4 Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr

Dienstleistungen für die Allgemeinheit in öffentlich-rechtlicher oder privatrechtlicher Form, insbesondere öffentliche Dienste, der Transport und Verkehr, die Ver- und Entsorgungswirtschaft einschließlich der leitungsgebundenen Energieversorgung, der Gesundheits- und Sozialdienste, Einrichtungen der Infrastrukturen und der Forschung und Entwicklung, Umweltschutzdienste sowie bestimmte private Dienstleistungen.

Hierzu gehören insbesondere:

...

- Verwaltungen, Betriebe und Einrichtungen der Bundeswehr, der Feuerwehr und des sonstigen Sicherheits- und Ordnungsdienstes.

Grundsatzerklärung (18.3.2010)

Beschlossen vom Gewerkschaftsrat am 18. März 2010

Quelle:

<https://www.verdi.de/++file++5073a213deb5011af9001b43/download/Grundsatzerklaerung-der-ver.di-vom-18.-Maerz-2010-1.pdf>

(zuletzt abgerufen: 6.3.23)

Unsere Werte

...

Freiheit

...

Alle Menschen sollen frei sein von politischer Entrechtung, menschenunwürdiger Behandlung und politischer Fremdbestimmung. Sie müssen geschützt werden vor Verfolgung, Folter und Krieg.

...

Solidarität

...

In der Verantwortung für das Überleben der Menschheit stellen wir uns den ökologischen Herausforderungen. Wir setzen uns ein für die Bewahrung der natürlichen Ressourcen, für Frieden und Abrüstung sowie das Verbot von Massenvernichtungswaffen.

Unsere Leitbilder

Mit den Werten Freiheit, Gerechtigkeit, Gleichberechtigung und Solidarität korrespondieren unsere Leitbilder guter Arbeit, guten Lebens, nachhaltigen Wirtschaftens in einer gerechten Gesellschaft und einer friedlichen Welt. Daran richten wir unser Handeln aus:

...

Wir wollen ein demokratisches, soziales und friedliches Europa, in dem die sozialen Grundrechte Vorrang vor den Grundfreiheiten des europäischen Binnenmarktes haben. Unser Ziel ist ein Europa, in dem die Bürgerinnen und Bürger der Souverän sind und ihre Rechte auf Grundlage einer demokratischen Verfassung ausüben.

Wir setzen uns für eine gerechte Weltordnung ein. Sie muss das Recht auf Nahrung, Wasser, ein gesundes Leben, auf körperliche Unversehrtheit, auf Selbstbestimmung und sozialen Zusammenhalt und alle anderen Menschenrechte durchsetzen. Sie muss das Forum für einen gerechten Ausgleich der Interessen, aber auch für die gerechte Verteilung der Reichtümer ebenso wie für den Schutz von Umwelt und Natur sein.

Eine Welt ohne Konflikte wird es niemals geben. Aber eine Welt ist möglich, in der Konflikte friedlich geregelt werden. Allgemeine Abrüstung und eine durch die Völkergemeinschaft legitimierte Weltpolitik sorgen für Frieden. Wir setzen uns für eine Welt ohne Atomwaffen ein.

Gründungskongress (19.-21.3.2001, Berlin)

Antrag 13 „Frieden und Abrüstung“

Antragsteller/in: Hauptvorstand IG Medien

Quelle: im Netz (für mich) nicht mehr auffindbar

Beschluss: Weiterleitung als Material an den Gewerkschaftsrat zur weiteren Debatte. Inhalt und Strategie müssen vertieft behandelt und aufbereitet werden.

Wir als ver.di treten ein für eine Politik der Entmilitarisierung, die darauf abzielt, militärische Verbände wie die Bundeswehr und Berufssarmeen überflüssig zu machen. Anstelle militärischer Mittel braucht die Welt Demokratisierungen, eine gerechte Weltwirtschaftsordnung und gewaltfreie Konfliktlösungen.

Eine friedliche und gerechte Welt lässt sich nicht mit militärischen Mitteln erzwingen. Die weltweit vorhandenen Waffenarsenale und Machtapparate tragen nicht zur Lösung bestehender Konflikte und zum erforderlichen Ausgleich unterschiedlicher Interessen bei. Wir halten an unserem Grundsatz fest, dass Krieg keine Fortsetzung der Politik darstellt, sondern ein völliges Versagen der Politik ist. Der Einsatz militärischer Gewalt gewinnt in einem Tempo und Ausmaß wieder die Dimension, wie es nach 1945 für kaum vorstellbar gehalten wurde. Die Abschaffung aller militärischen Arsenale und Machtstrukturen ist deshalb eine wichtige Zielsetzung.

Wir treten für die Abschaffung der Bundeswehr ein. Die Ressourcen der Armeen sind sozial, human und ökologisch sinnvoll zu nutzen.

Wir wenden uns gegen Militäreinsätze in Krisengebieten. Stärke erweist sich nicht durch militärisches Eingreifen, sondern durch eine vorausschauende Politik. Diese muss imstande sein, Konflikte und ihre Ursachen frühzeitig zu erkennen und mit den Konfliktparteien akzeptable Lösungen zu entwickeln. Dazu kann eine verstärkte Konfliktforschung einen wichtigen Beitrag leisten.

Die UNO ist dahingehend zu reformieren, dass sie nach den Prinzipien Gleichberechtigung, Demokratie und Partnerschaft die Interessen aller Mitgliedsländer gleichberechtigt vertritt. Damit kann sie von den Staaten tatsächlich als neutraler Schlichter in einem Konflikt anerkannt werden.

Wir treten für einen sofortigen und weltweiten Rüstungsstopp ein, gekoppelt mit einer Umstellung auf zivile Produktion, die von den Regierungen zu unterstützen sind. Produktion, Handel und Export von Kriegswaffen sind zu verbieten.

Wir unterstützen die Aktivitäten von Friedens- und Menschenrechtsgruppen. Hierbei sind Formen des gewaltfreien Widerstands zu fördern, wie z.B. Boykott von Produkten aus Ländern und von Firmen, die Menschenrechte unterdrücken, Rüstungsgüter produzieren oder soziale Mindeststandards unterlaufen.

Wir wenden uns gegen jegliche Art von Zwangsdiensten und begrüßen, dass immer mehr junge Männer ihr individuelles Grundrecht auf Verweigerung des Kriegsdienstes an der Waffe nutzen und damit ihr persönliches Bekenntnis zum Gewaltverzicht ablegen. Von daher werden wir auch weiterhin über die Möglichkeiten und Rechte zur Verweigerung des Kriegsdienstes an der Waffe informieren und Beratung vermitteln. Jegliche Benachteiligung von Kriegsdienstverweigerern muss eingestellt werden; eine Abschaffung der sogenannten Gewissensprüfung ist längst überfällig.

Eine Diskriminierung und Kriminalisierung sogenannter Totalverweigerer muss weltweit beendet werden. Ebenso ist ein wirksamer Schutz der Deserteure kriegführender Parteien und Staaten sicherzustellen.

3. Bundeskongress (17.-24.9.2011, Leipzig)

Beschluss A 224 „Frieden und Sicherheit weltweit“

ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik ab. ver.di setzt sich dafür ein, dass die Bundeswehr ausschließlich der Landesverteidigung dient. Auslandseinsätze sind vom Parlament zu beschließen und auf humanitäre Blauhelm-Einsätze zu begrenzen.

ver.di fordert, dass die Bundesrepublik Deutschland den Export von Waffen durch eine gesetzliche Präzisierung stoppt und damit der Initiative der Friedensbewegung Aktion Aufschrei "Stoppt den Waffenhandel" folgt!

ver.di ruft ihre Mitglieder auf, sich an Friedensaktivitäten zu beteiligen. Dazu wird der Bundesvorstand von ver.di beauftragt, Friedensaktivitäten zu unterstützen und bei der Organisation von Protesten gegen Krieg voranzugehen.

Diese Aktivitäten gilt es mit den Gewerkschaften, ihrem Dachverband und weiteren Partnern innerhalb der Bundesrepublik Deutschland, in Europa und weltweit abzustimmen.

Weitere Beschlüsse

A 212 Abzug der Truppen in Afghanistan

A 221 Gegen Krieg in Afghanistan und Irak

A 230 Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr

A 244 Zivilklausel für alle Hochschulen, Forschungseinrichtungen und Schulen

A 248 Aktive Friedenspolitik im Bezirk

I 005 Initiativantrag Afghanistan

4. Bundeskongress (20.-26.9.2015, Leipzig) (noch fast leer)

Allgemein s.:

<https://www.verdi.de/presse/bundeskongress/++co++5effb40a-ae08-11e9-b12a-525400940f89>

Beschluss K 053 „Frieden und Abrüstungspolitik“

Als Teil der nationalen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung setzt sich ver.di für die Einhaltung und Verwirklichung der Menschenrechte ein, wie sie in der Deklaration der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Die Würde des Menschen, ein Leben frei von Armut und Not in einer gerechten sozialen Ordnung, Demokratie und Freiheit sind für eine nachhaltige Sicherung des Friedens unabdingbar. Wir unterstützen alle Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft und ihrer zahlreichen Organisationen, von Regierungen wie Nichtregierungsorganisationen diese Ziele weltweit zu verwirklichen.

Diese Ziele und Werte allein sind die Maßstäbe, an denen von Gewerkschaften das Handeln der internationalen Staatengemeinschaft, von Staatengemeinschaften wie der EU, von Militärbündnissen wie auch der NATO, besonders aber das Handeln der Nationalstaaten, wie nichtstaatlicher Bewegungen und Organisationen, zu messen sind.

In der Gewerkschaft ver.di organisieren sich Beschäftigte, die in vielfältiger Weise beruflich sicherheits- und friedenspolitische Aufgaben wahrnehmen: Sie arbeiten für verschiedene Organisationen und Institutionen, die für die internationale Zusammenarbeit und Entwicklung tätig sind. Dazu gehören Beschäftigte von Nichtregierungsorganisationen, von Wohlfahrtsverbänden und Forschungseinrichtungen und dazu gehören die Zivilbeschäftigten wie auch die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. ver.di engagiert sich mit ihnen für ihre wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen, für gute Arbeit, faire Bezahlung, Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Sie alle haben ebenso wie die gesamte ver.di ein grundlegendes Anliegen: Mitzuwirken und sich zu engagieren für eine gerechte Weltordnung, für einen gewaltfreien und fairen Ausgleich unterschiedlicher Interessen, für die Herstellung und Sicherung des Friedens in den Krisenregionen der Welt. ver.di steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und stellt sich hinter die darin verankerten Aufgaben der Streitkräfte, das Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges und die Kriegswaffenkontrolle.

Das besondere Engagement von ver.di und der internationalen Gewerkschaftsorganisationen richtet sich auf die Verwirklichung der sozialen und Menschenrechte. Gerade in Konflikten und Krisengebieten werden diese Rechte vielfach verletzt.

Es sind vor allem die arbeitenden Menschen und ihre Familien, die Opfer brutaler Ausbeutung und Unterdrückung, die Opfer der Einsätze von militärischen oder paramilitärischen Kräften werden. Sie verlieren oft ihre Arbeit, ihr Hab und Gut und müssen vielfach in Ruinen und unter schwierigsten Bedingungen leben, sie werden vertrieben und müssen flüchten. Ihnen werden Perspektiven und Zukunft genommen.

Viele Krisen, Konflikte und Bürgerkriege haben ihre Ursachen in krassen Gegensätzen von Armut und Reichtum, auch im Kampf um Lebenschancen und um die natürlichen Ressourcen. Ethnische und religiöse Konflikte verbinden sich mit sozialen Auseinandersetzungen und Kämpfen und verschärfen diese.

Daher muss unser Engagement vor allem darauf gerichtet sein, zu sozialer Gerechtigkeit, fairem sozialen Ausgleich und der Respektierung elementarer sozialer Rechte beizutragen, um so Konflikte zu entschärfen und Frieden sicherer zu machen.

Welche Ursachen die zahlreichen Kriege und Bürgerkriege auch haben mögen, sie werden vor allem durch die Überschwemmung der Welt mit Waffen und Waffensystemen befeuert. Die Herstellung und der fast grenzenlose Export von Waffen aller Art ermöglicht es heute selbst den sozial und ökonomisch schwächsten Staaten wie den kleinsten Gruppen und paramilitärischen Verbänden über lange Zeit gewaltsam Konflikte zu führen. Zum einen rüsten Staaten immer weiter auf und verstärken ihre Militär- und Sicherheitsapparate, andererseits unterminiert die zunehmende Bewaffnung nichtstaatlicher Verbände das staatliche Gewaltmonopol. Der Zerfall und das Scheitern von Staaten sind die Folgen.

Durch das Völkerrecht legitimierte Interventionen der internationalen Staatengemeinschaft scheitern heute zunehmend an der Unmöglichkeit einer Entwaffnung der Bürgerkriegs- und Kriegsparteien. Mehr als ein Waffenstillstand ist oft nicht erreichbar.

Darum engagieren sich Gewerkschaften und insbesondere ver.di in breiten gesellschaftlichen Bündnissen für Abrüstung und die Verhinderung von Rüstungsexporten. ver.di unterstützt daher Initiativen wie die von Amnesty International und anderen für weltweite Waffenhandelsabkommen und Kontrollverträge.

Die Überschwemmung der Welt mit konventionellen Waffen und Waffensystemen geht einher mit einer weiteren technologischen Verfeinerung von Massenvernichtungswaffen. Auch wenn es gelungen ist, atomar abzurüsten und chemische wie biologische Massenvernichtungswaffen zu ächten, so reicht das weltweite Potenzial dieser Waffen immer noch aus, um das Leben auf der Erde zu beenden. Darum setzt sich ver.di weiter für die Abrüstung und die Ratifizierung und Beachtung des Vertrages zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen - Atomwaffensperrvertrag - durch alle Staaten ein. Mittel- und langfristig müssen alle Atom-mächte gleichermaßen die Atomwaffen vernichten, ebenso wie alle anderen Massenvernichtungswaffen.

Forschung und Entwicklung neuer Technologien werden zum Teil auch zur militärischen Aufrüstung genutzt und eröffnen bis dato ungeahnte Kampfmöglichkeiten. Nicht allein Waffen und Waffensysteme, sondern Technologien, die sich sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke nutzen lassen ("Dual-Use-Güter"), sind das Ergebnis. Darum muss sich Rüstungskontrolle und Abrüstung ebenso mit Forschung und Entwicklung sowie den so genannten Dual-Use-Gütern befassen.

Öffentliche Forschungseinrichtungen, Hochschulen und ihre Institute müssen ausreichend mit öffentlichen Geldern ausgestattet werden, so dass sie nicht auf Drittmittel angewiesen sind. Sie müssen das Recht und die Möglichkeit haben, Drittmittelforschung, die der Rüstung dient, ablehnen zu können. Dazu gehört auch die institutionelle Verankerung einer Friedensbindung, wonach Forschung und Lehre auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke zu beschränken sind (Zivilklausel). Die Zivilklausel ist in Landeshochschulgesetzen, Verfassungen bzw. Grundordnungen der Universitäten und Hochschulen zu verankern. Zwecke der Forschung müssen der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

Gemeinsam mit den DGB-Gewerkschaften soll die Diskussion um Konversion, also eine Umstellung der Produktion von Rüstungsgütern auf zivile, gesellschaftlich nützliche Produkte wieder aufgenommen werden.

Seit der Aussetzung der Wehrpflicht muss die Bundeswehr ihren Nachwuchs selbständig rekrutieren und zudem mit den Rahmenbedingungen der Wirtschaft in Bezug auf Aus-, Fort-

und Weiterbildung konkurrieren. Mithin haben sich die Motive der Bundeswehr für ihr Engagement an den Schulen verändert. Wie andere Arbeitgeber auch wirbt sie nunmehr an Schulen, bei Ausbildungsmessen und an Hochschulen für Nachwuchs. Die Aufgaben und Belastungen des Soldatenberufes sowie seine gesellschaftlichen Auswirkungen werden dabei oftmals einseitig dargestellt. Nicht hinnehmbar sind dabei Sonderrechte der Bundeswehr, über Kooperationsvereinbarungen mit Schulministerien und insbesondere über Unterricht mit Jungoffizieren als "Referenten für Sicherheitspolitik" direkt auf Schülerinnen/Schüler und Lehrkräfte einzuwirken oder durch die Bereitstellung kostenlosen Unterrichtsmaterials die inhaltliche Gestaltung des Unterrichtes indirekt zu beeinflussen. Solche Formen der Beeinflussung müssen beendet werden. Die Bundeswehr hat keinen Bildungsauftrag in öffentlichen Bildungseinrichtungen.

ver.di fordert und fördert eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der gewandelten Rolle der Bundeswehr. Zum ersten Mal in der über lange Zeit von Imperialismus und Militarismus geprägten deutschen Geschichte ist mit der Bundeswehr eine Parlamentsarmee entstanden. Daran muss festgehalten werden. Gerade deshalb braucht es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen Darstellung der Bundeswehr. Eine Werbung der Bundeswehr an Schulen und den Einsatz von Jugendoffizieren in Unterricht und politischer Bildung lehnt ver.di ab.

ver.di setzt sich insbesondere über den DGB und die Hans-Böckler-Stiftung für eine Friedenserziehung ein, die die verschiedenen Blickwinkel auch der Friedensinitiativen und -organisationen auf die internationalen Beziehungen und Konflikte beleuchtet. Mit dem DGB fordert ver.di die Bundesländer auf, bestehende Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr zu kündigen.

Die Diskussion über den besten Weg, den Frieden zu sichern hat sich in den letzten Jahrzehnten zunehmend auf die sicherheitspolitische Dimension konzentriert, bei der die Bundesregierung derzeit ein dreifaches Verständnis von Sicherheit vertritt:

1. Die gemeinsame Sicherheit in Vereinten Nationen, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa, der NATO, nicht zuletzt der EU und die Absage an nationale Sonderwege;
2. die umfassende Sicherheit in ihrer ökonomischen, sozialen, ökologischen, politischen, rechtlichen, kulturellen und militärischen Dimension und
3. die vorbeugende Sicherheit der Gewalt- und Krisenvorbeugung. Dieses Sicherheitsverständnis darf nicht zu einer Legitimierung von bewaffneten Auslandseinsätzen missbraucht werden, die wirtschaftlichen Interessen dienen.

Der Staat hat die Aufgabe, das Leben aller Menschen innerhalb seiner Grenzen und nicht nur das seiner Staatsbürgerinnen und Staatsbürger zu schützen. Dazu gehört die Verteidigung von Freiheit und Demokratie, der staatlichen Souveränität und der territorialen Integrität. Das ist der Sinn des Gewaltmonopols nach innen wie nach außen und ein historischer Fortschritt. Die Bundeswehr hat in diesem Rahmen ihre legitime Aufgabe als Verteidigungsarmee. Außenwirtschaftspolitik oder die Unterstützung entsprechender Motive hingegen sind keine legitimen Aufgaben der Bundeswehr. Sicherheitspolitik im Rahmen der NATO muss strikt auf die enge Definition der Verteidigung der nationalen Souveränität und territorialen Integrität des Bündnisgebietes beschränkt bleiben, NATO-Einsätze ohne diese Legitimation sind abzulehnen.

Die Frage der Legitimation von Militäreinsätzen ist nur im Rahmen der UN völkerrechtlich verankert und erfordert gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einen entsprechenden Parlamentsbeschluss.

So mühsam und widersprüchlich Entscheidungen der UN sein mögen, es gibt keine Alternative zu einer durch die UN auf der Basis eines UN-Mandates legitimierten militärischen Intervention, die immer nur Bestandteil umfassender Konfliktregelungen sein kann. Dazu braucht die UN mehr Mittel und mehr Engagement.

Sicherheitspolitik in einer von Krisen, Interessenskonflikten, Kriegen und Bürgerkriegen gefährdeten Welt kann jedoch dann den Frieden fördern, wenn sie frühzeitig ein umfassendes, die Sicherheit aller Staaten umfassendes Konzept verfolgt. Dabei müssen einerseits die legitimen Rechte der Menschen auf ein Leben in Würde und Freiheit respektiert werden. Diese sind gegenüber autoritären Regimen und Diktaturen einzufordern. Andererseits aber müssen die legitimen Sicherheitsinteressen der Staatengemeinschaft anerkannt werden.

Der Frieden in der Welt ist durch Kriege und Bürgerkriege, durch Aufrüstung und den weltweiten Waffenhandel, zerfallende Staaten, autoritäre Regime und brutalste Verletzungen elementarer Menschenrechte gefährdet. Auch weltwirtschaftliche Ungleichgewichte und Wirtschaftskrisen, soziale Ungerechtigkeit, politische und religiöse Fundamentalismen, weltweit agierende kriminelle Organisationen, oft in enger Verflechtung mit der legalen Ökonomie, bedrohen das Leben und die Sicherheit vieler Menschen. Verschärft wird dies durch die deutlich erkennbaren Grenzen der natürlichen Ressourcen dieser Erde, die Gefährdung des Klimas und des weltweiten ökologischen Gleichgewichtes. Diese Herausforderungen erfordern ein Engagement zivilgesellschaftlicher Organisationen. Daher ist ein globales und umfassendes Engagement von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die sich dem sozialen und ökologischen Fortschritt, der Verteidigung der Menschenrechte und politischen Freiheitsrechte widmen, dringend erforderlich. ver.di wird sich im Rahmen der deutschen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung weiterhin daran beteiligen. Der Einsatz für Frieden und eine gerechte Weltordnung mit den Vereinten Nationen als zentralem Akteur bleibt für ver.di dauerhafte Verpflichtung.

Angenommen in der durch Änderungsantrag K 053-1 geänderten Fassung

Weitere Beschlüsse

K 054 Anti-Krieg und Antimilitarismus

Arbeitsmaterial zu Antrag K 053

K 055 Gewerkschaften stark machen als Friedenskraft

Arbeitsmaterial zu Antrag K 053

K 056 Friedenspolitik

Arbeitsmaterial zu Antrag K 053

K 058 Kriegstreiberei und Militarisierung der Gesellschaft stoppen!

Arbeitsmaterial zu Antrag K 053

K 059 Gewerkschafter gegen die Ursachen von Krieg und Faschismus

Arbeitsmaterial zu Antrag K 053

K 060 Keine Bundeswehr in der Kita

Arbeitsmaterial zu Antrag K 053

K 076 Beendigung der Zusammenarbeit des DGB mit dem Bundesverteidigungsministerium und der Bundeswehr

Angenommen

K 082 Für ein friedliches Zusammenleben der Völker und ein klares NEIN zu Gewalt als Mittel der Politik

Angenommen

K 083 Wir brauchen eine neue Entspannungspolitik für Europa

Arbeitsmaterial zu Antrag K 082

K 085 Stoppt den Krieg in der Ukraine! Für eine starke Friedensbewegung!

Arbeitsmaterial zu Antrag K 082

K 086 Aufklärung des Todes von mindestens 48 Menschen durch ein Attentat auf das Gewerkschaftshaus in Odessa am 2. Mai 2014

Angenommen

K 087 Verbot von Drohneneinsätzen

Angenommen

K 088 Keine Drohnen in der Bundesrepublik Deutschland

Arbeitsmaterial zu Antrag K 087

K 092 Forderungen zu Konversion Truppenübungsplatz Bergen

Angenommen

5. Bundeskongress (22.-29.9.2019, Leipzig)

Allgemein s.: <https://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress-2019>

Beschluss E 135: „Für Frieden und Abrüstung“

Quelle: <https://bundeskongress.openslides.verdi.de/motions/2046>
(zuletzt abgerufen 6.3.23)

ver.di setzt sich für die Einhaltung und Verwirklichung der Menschenrechte ein, wie sie in der Deklaration der Vereinten Nationen niedergelegt sind. Die Würde des Menschen, ein Leben frei von Armut und Not in einer gerechten sozialen Ordnung, Demokratie und Freiheit sind für eine nachhaltige Sicherung des Friedens unabdingbar. Krieg als Mittel der Politik lehnt ver.di grundsätzlich ab.

ver.di unterstützt alle Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft und ihrer zahlreichen Organisationen, von Regierungen wie Nichtregierungsorganisationen diese Ziele weltweit zu verwirklichen.

Diese Ziele und Werte allein sind die Maßstäbe, an denen von Gewerkschaften das Handeln der internationalen Staatengemeinschaft, von Staatengemeinschaften wie der EU, von Militärbündnissen wie auch der NATO, besonders aber das Handeln der Nationalstaaten, wie nichtstaatlicher Bewegungen und Organisationen, zu messen sind.

ver.di steht zum Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland und damit zu den darin verankerten Aufgaben der Streitkräfte: "als Verteidigungsarmee", dem Verbot der Vorbereitung eines Angriffskrieges und zur Kriegswaffenkontrolle.

"Krieg darf kein Mittel der Politik sein! Alle Konflikte zwischen den Staaten müssen auf dem Wege der Verhandlung gelöst werden. Dies muss die Leitschnur deutscher Außenpolitik sein. Darin liegt die gewachsene Verantwortung Deutschlands."

In ver.di organisieren sich Beschäftigte, die auf vielfältige Weise beruflich sicherheits- und friedenspolitische Interessen wahrnehmen – von Nichtregierungsorganisationen über Beschäftigte in Ministerien, Parteien, politischen Stiftungen, Wohlfahrtsverbänden, Forschungseinrichtungen, und genauso auch Zivilbeschäftigte und Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr. Mit ihnen engagiert sich ver.di für ihre wirtschaftlichen, sozialen und beruflichen Interessen, für eine Mitbestimmung und Mitgestaltung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen. Mit ihnen engagiert sich ver.di für eine gerechte Weltordnung, für einen gewaltfreien und fairen Austausch unterschiedlicher Interessen, und für die Herstellung und Sicherung des Friedens in Krisenregionen auf der Grundlage von UN-Beschlüssen.

Viele Krisen und gewaltsame Konflikte resultieren aus krasser sozialer Ungleichheit, auch im Kampf um Lebenschancen und um natürliche Ressourcen. Der Klimawandel wirkt dabei als Risikomultiplikator und Konflikttreiber. Ethnische und religiöse Konflikte verbinden sich mit sozialen Auseinandersetzungen und verschärfen diese.

ver.di's Engagement ist vor allem darauf gerichtet, zu sozialer Gerechtigkeit, fairem sozialen Ausgleich und der Respektierung elementarer sozialer Rechte beizutragen, um so Konflikte zu entschärfen und Frieden beständiger zu machen.

Befeuert werden die zahlreichen kriegerischen Auseinandersetzungen durch die Überschwemmung der Welt mit Waffen und Waffensystemen. Während es der fast grenzenlose Export von Waffen aller Art selbst wirtschaftlich schwachen Staaten und paramilitärischen Gruppen ermöglicht, gewaltsame Konflikte über lange Zeit zu führen und eine Demilitarisierung durch Entwaffnung dadurch erheblich behindert wird, rüsten auch wirtschaftlich entwi-

ckeltere Nationen seit einigen Jahren wieder auf. Darüber hinaus hat sich die NATO zum Ziel gesetzt, dass bei allen Bündnispartner*innen die Verteidigungsausgaben mindestens zwei Prozent des Bruttoinlandsprodukts betragen sollen. Das betrifft auch Deutschland und würde hier nahezu eine Verdopplung des Verteidigungshaushaltes bedeuten – mit entsprechenden Kürzungsfolgen für andere Etats wie in der Entwicklungszusammenarbeit oder im Bereich Soziales. ver.di lehnt diese Zielsetzung ab.

ver.di setzt sich dafür ein, dass das zwei-Prozent-Ziel der NATO nicht umgesetzt wird und spricht sich gegen weitere Erhöhungen des Verteidigungshaushaltes aus.

ver.di hält die Vorstellung, dass Frieden und Sicherheit durch mehr und überlegene Waffen gesichert werden könne, für grundlegend falsch. Deshalb engagiert sich ver.di in gesellschaftlichen Bündnissen für Abrüstung, wie dem Aufruf „Abrüsten statt aufrüsten“, und für die Verhinderung von Rüstungsexporten, wie bei der Unterstützung der Initiative von Amnesty International und anderen für weltweite Waffenhandelsabkommen und Kontrollverträge.

Die Notwendigkeit der Abrüstung schließt auch die Abrüstung von Atomwaffen sowie aller anderen Massenvernichtungswaffen und die Ratifizierung und Beachtung des Vertrages zur Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen – Atomwaffensperrvertrag – durch alle Staaten ein. Daher setzt sich ver.di dafür ein, dass die Bundesregierung den UNO-Vertrag über das Verbot von Atomwaffen unterzeichnet, wie das schon etwa 130 Staaten getan haben.

"Die Kündigung des INF-Vertrages und das Auslaufen des New START-Vertrages machen jedoch deutlich, dass zusätzliche Schritte zur Abwendung der Gefahr eines Atomkrieges notwendig sind. ver.di unterstützt deshalb ausdrücklich die weltweite ICAN-Initiative zur Ächtung und zum Verbot aller Atomwaffen durch die UNO, der bereits 130 Staaten zugestimmt haben. Auch die deutsche Bundesregierung muss das Verbot unterzeichnen und den Abzug der US-Atomwaffen, die immer noch in Deutschland lagern, veranlassen."

Militärische Aufrüstung und entsprechende Forschung, Entwicklung und Finanzierung erfolgt aber nicht nur in Bereichen, die explizit als solche ausgewiesen werden, sondern auch in Feldern so genannter „Dual-Use-Güter“, die sowohl für militärische als auch für zivile Zwecke eingesetzt werden können. Auch damit muss sich Rüstungskontrolle befassen.

Damit öffentliche Forschungseinrichtungen, Hochschulen und ihre Institute nicht einem Zwang ausgesetzt sind, auch militärisch verwendbare Technologien zu entwickeln, setzt ver.di sich dafür ein, dass sie ausreichend mit öffentlichen Geldern ausgestattet werden, so dass sie nicht auf Drittmittel angewiesen sind. Sie müssen insbesondere das Recht und die Möglichkeit haben, Drittmittelforschung, die der Rüstung dient, ablehnen zu können. Dazu gehört auch die institutionelle Verankerung einer Friedensbindung, wonach Forschung und Lehre auf ausschließlich friedliche und zivile Zwecke zu beschränken sind (Zivilklausel).

ver.di setzt sich dafür ein, dass Zwecke der Forschung der Öffentlichkeit transparent gemacht werden.

ver.di setzt sich dafür ein, dass es weder eine Forschung geben darf, die autonome Waffensysteme (mit „Künstlicher Intelligenz“) entwickelt, noch dass ein Einsatz solcher Systeme durch die Bundeswehr erfolgt, sollten andere sie entwickelt haben.

Mit der Aussetzung der Wehrpflicht hat die Bundeswehr sich zu wandeln begonnen. Sie muss ihren Nachwuchs selbständig rekrutieren und konkurriert dabei hinsichtlich Arbeitsmarktentwicklung und demografischem Wandel mit der privaten Wirtschaft. Entsprechend hat sich ihr Auftreten über öffentliche Werbung wie auch ihr Engagement an Schulen, Berufsschulen und Hochschulen verändert.

ver.di-Dokumente zu Krieg, Frieden, (Ab-) Rüstung

ver.di fordert eine inhaltliche Auseinandersetzung mit der gewandelten Rolle der Bundeswehr und tritt dafür ein, dass an der Rolle der Bundeswehr als Parlamentsarmee festgehalten wird. Der Soldat*innenberuf ist kein Beruf wie jeder andere, deshalb braucht es eine besondere Sensibilität in der Werbung und öffentlichen Darstellung der Bundeswehr. Eine Werbung der Bundeswehr an Schulen lehnt ver.di ab.

Die Bundeswehr hat ihre legitime Aufgabe als Verteidigungsarmee, denn der Staat hat die Aufgabe, das Leben aller Menschen innerhalb seiner Grenzen und nicht nur das seiner Staatsbürger*innen zu schützen.

ver.di hält daran fest, dass die Frage der Legitimation von Militäreinsätzen nur im Rahmen der UN völkerrechtlich verankert und gemäß dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland einen entsprechenden Parlamentsbeschluss erfordert.

Für Frieden, Abrüstung und eine Politik der zivilen Konfliktlösung brauchen wir in allen politischen Arenen ein deutlich stärkeres Engagement, global und umfassend, von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Bewegungen, die sich dem sozialen und ökologischen Fortschritt, der Verteidigung der Menschenrechte und politischen Freiheitsrechte widmen. ver.di wird sich im Rahmen der deutschen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung und der Friedensbewegung in unserem Land weiterhin daran beteiligen.

Der Einsatz für Frieden und eine gerechte Weltordnung mit den Vereinten Nationen als zentralem Akteur bleibt für ver.di dauerhafte Verpflichtung.

Beschluss E 136: „Keine weitere Aufrüstung und gegen weiteren Sozialabbau“

Quelle: <https://bundeskongress.openslides.verdi.de/motions/1814>

(zuletzt abgerufen 11.3.23)

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag E 135

ver.di spricht sich klar gegen eine weitere Aufrüstung und gegen weiteren Sozialabbau aus.

Die Bundesregierung wird nachdrücklich aufgefordert, von ihren Plänen Abstand zu nehmen, den Rüstungshaushalt auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes zu erhöhen (das wäre eine Verdoppelung des Rüstungshaushaltes).

Das Geld wird dringend für andere Aufgaben benötigt:

- für den sozialen Wohnungsbau,
- für Krankenhäuser und Pflegekräfte,
- für Bildung und Kindertagesstätten,
- für die gesetzliche Rente,
- den öffentlichen Nahverkehr,
- die kommunale Infrastruktur.

Keine Aufrüstung! Abrüstung ist das Gebot der Stunde!

Beschluss E 137: „Sofortige Senkung der Rüstungsausgaben! Keine Erhöhung auf zwei Prozent des Bruttoinlandsproduktes!“

Quelle: <https://bundeskongress.openslides.verdi.de/motions/1508>

(zuletzt abgerufen 11.3.23)

Angenommen als Arbeitsmaterial zu Antrag E 135

ver.di lehnt das von der NATO schon vor Jahren festgelegte Ziel ab, die Verteidigungsausgaben auf zwei Prozent der Wirtschaftsleistung (Bruttoinlandsprodukt - BIP) zu erhöhen, was nahezu einer Verdoppelung der gegenwärtigen Ausgaben entspräche.

ver.di unterstützt den Appell und die Kampagne „Abrüsten statt Aufrüsten“ und beteiligt sich an der Unterschriftensammlung unter diesem Appell.

ver.di sucht die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Kräften, die sich ebenso diesem Ziel verpflichtet fühlen.

Angesichts vieler Konfliktherde auf der Welt - die unter anderem auch viele Menschen zur Flucht aus ihren Heimatländern getrieben haben - setzt sich ver.di verstärkt für eine friedliche, dem Ausgleich und mehr Gerechtigkeit zwischen den Ländern verpflichtende Politik ein.

ver.di setzt sich für eine Entspannung der Beziehungen zwischen Deutschland und Russland ein.

Weitere Beschlüsse

E 143 Keine deutschen Militäreinsätze in Syrien

Arbeitsmaterial zu Antrag E 135

E 151 Krieg der Türkei gegen Kurden und andere Völker in Nord- Syrien ist völkerrechtswidrig

– Selbstbestimmungsrecht verteidigen

Arbeitsmaterial zur Weiterleitung an den Bundesvorstand

E 154 Frieden zwischen Israel und Palästina

Angenommen mit Änderungen

E 155 Boykottiert die Boykotte

Angenommen mit Änderungen

Resolution des Gewerkschaftsrates zum Krieg in der Ukraine (24/25.3.22)

Quelle:

https://www.verdi.de/++file++623d80871bf7a582b0324671/download/3904_11_01_Resolution_GR.pdf

(zuletzt abgerufen 13.2.23)

Mit Bestürzung und großer Sorge sehen wir das große menschliche Leid in der Ukraine. Der am 24. Februar 2022 als Überfall begonnene Angriffskrieg Putin-Russlands gegen die Ukraine ist ein eklatanter Bruch des internationalen Völkerrechts, der territorialen Integrität und des Selbstbestimmungsrechts der Menschen in der Ukraine. Wir verurteilen diesen durch nichts zu rechtfertigenden Krieg. Grenzen dürfen nicht gewaltsam verschoben werden.

Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.

Der Krieg bringt unermessliches Leid über die Menschen und wird mit jedem Tag brutaler und zerstörerischer. Er ist eine humanitäre Katastrophe. Zivilist*innen und Soldat*innen sterben. Hunderttausende von Menschen sind eingekesselt und verletzt, sie leiden Hunger, können medizinisch nicht ausreichend versorgt werden, Millionen sind auf der Flucht. Der Angriff auf Nuklearanlagen und weitere Drohungen einer atomaren, chemischen oder biologischen Kriegsführung sind unverantwortlich, ihre Folgen nicht absehbar.

Die russische Regierung muss alle Angriffe unverzüglich einstellen, ihre Truppen aus der Ukraine zurückziehen und die territoriale Integrität der Ukraine auf der Grundlage des Abkommens von Minsk wiederherstellen. Wir fordern die internationale Staatengemeinschaft dazu auf, weiter mit Hochdruck an einer diplomatischen Lösung für einen sofortigen Waffenstillstand und zur Beendigung des Krieges zu arbeiten.

Wir begrüßen das bislang schnelle und unmissverständliche Handeln der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten im Umgang mit der Fluchtbewegung. Es ist dringend notwendig, die Grenzen für die Millionen Flüchtende ohne Unterschied offen zu halten und ihnen Schutz und Hilfe zu geben. Gemeinsam mit dem DGB und den anderen Mitgliedsgewerkschaften unterstützen wir solidarisch auch durch praktisches Handeln, materiell durch Spenden an den Verein „Gewerkschaften helfen e.V.“ sowie durch die Bereitstellung von Unterbringungsmöglichkeiten für Geflüchtete in unseren Bildungszentren. Auch vor Ort und in den Betrieben und Dienststellen sind Solidarität und Hilfe das Gebot der Stunde.

Mit seinem Befehl, die Ukraine anzugreifen, hat Präsident Putin auch die Glaubwürdigkeit der russischen Regierung in der Außen- und Sicherheitspolitik zunichtegemacht. Aus der momentanen Perspektive können weder alle damit verbundenen Fragen gestellt noch abschließende Antworten gegeben werden. Erkennbar ist der Wunsch der östlichen Nato-Staaten nach einer verstärkten Präsenz des Bündnisses. Bislang neutrale europäische Länder wollen stärker mit der Nato kooperieren oder auch Mitglied werden.

In Deutschland ist die Debatte über die zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. ver.di organisiert sehr viele Beschäftigte der Bundeswehr, wir treten für eine Bundeswehr ein, die ihrem Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeber umfassend an Tarifverträge hält und bei der alle

Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können.

Wir treten als ver.di gleichzeitig dafür ein, die Diskussion um mehr Sicherheit in Europa nicht in erster Linie aus einer militärischen Perspektive heraus zu führen. Wir brauchen einen breiten zivilgesellschaftlichen Diskurs darüber, wie wir in Europa zukünftig in Frieden und Sicherheit zusammenleben wollen und rufen alle zivilgesellschaftlichen Akteur*innen dazu auf, sich in diesen Friedensdiskurs einzubringen. Unser Ziel bleibt eine Welt mit weniger Waffen, insbesondere streben wir nachdrücklich eine dauerhafte atomare Abrüstung an. Wir wollen keinen neuen Rüstungswettlauf, der auch dazu führt, dass Gelder für die dringlichen Investitionen in den sozial-ökologischen Umbau fehlen oder dem Sozialstaat entzogen werden. Die Erhöhung der Verteidigungsausgaben auf einen dauerhaften Anteil von zwei Prozent am Bruttoinlandsprodukt, wie es das NATO-Ziel vorsieht, lehnen wir daher ab. Unsere Perspektive ist ein Europa mit einer erweiterten gemeinsamen Sicherheit aller Mitglieds- und Nachbarländer, die auch soziale und ökologische Nachhaltigkeit einschließt.

Die Bundesregierung plant im Rahmen einer Grundgesetzänderung den Aufbau eines Sondervermögens. Dieses soll ausschließlich für die Zwecke der Bundeswehr zweckgebunden sein. Insbesondere sollen zusätzliche Rüstungsgüter beschafft werden. Diese Pläne lehnen wir ab. Sehr wohl notwendig ist in diesem Jahr angesichts der finanziellen Herausforderungen durch die russische Invasion in der Ukraine und ihre Folgen eine erhöhte Nettokreditaufnahme des Bundes. Darüber hinaus sind wir der festen Überzeugung, dass sich auch in den folgenden Jahren das Wiederinkrafttreten einer unveränderten Schuldenbremse verbietet.

Es bedarf erheblicher Summen, um für die Millionen Geflüchteter in Deutschland und Europa Unterbringung, Perspektive und Teilhabe zu schaffen. Nicht zuletzt gilt es, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges und der Sanktionen für die Bevölkerung - insbesondere die stark steigenden Energiepreise - durch finanzielle Maßnahmen der Bundesregierung abzufedern. Wir werben für eine umfassende Definition von Sicherheit. Diese umfasst die Versorgungssicherheit durch den Ausbau erneuerbarer Energien ebenso wie den Gesundheitsschutz, auszubauende öffentliche Infrastrukturen einschließlich der IT-Sicherheit sowie mehr Mittel für die internationale Entwicklungszusammenarbeit und den Zivil- und Katastrophenschutz.

All diese längst bekannten und teilweise neuen Herausforderungen und Aufgaben werden über eine erhöhte Nettokreditaufnahme und bestehende Steuereinnahmen allein nicht zu schultern sein. Daher treten wir als ver.di für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen sowie großer Vermögen und Erbschaften ein. Wir fordern zudem eine Lastenausgleichsabgabe für besonders vermögende Privatpersonen und größere und mittlere Unternehmen. Reiche und Superreiche müssen gerade in dieser Zeit einen angemesseneren Beitrag zur Finanzierung des Gemeinwesens leisten.

Gemeinsam mit dem DGB und seinen anderen Mitgliedsgewerkschaften halten wir daran fest, dass die militärische Friedenssicherung nicht zulasten des sozialen Friedens erkaufte werden darf. Wir treten weiterhin für eine allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung, für die Verwirklichung und Erhaltung des Friedens und der Freiheit im Geiste der Völkerverständigung ein. Deutschland muss als wesentlicher Akteur an einer gemeinsamen europäischen Friedens- und Sicherheitsarchitektur arbeiten. Auch wir Gewerkschaften leisten durch unsere transnationale Arbeit einen Beitrag dazu.

6. Bundeskongress (17.-22.9.2023, Berlin)

Allgemein s.: <https://www.verdi.de/ueber-uns/bundeskongress-2023>

Beschluss E 084: Perspektiven für Frieden, Sicherheit und Abrüstung in einer Welt im Umbruch

Quelle:

<https://www.verdi.de/++file++6516790b0ea22e63f23fcab8/download/Antrag%20E%20084%20Beschlussfassung.pdf>
(abgerufen 5.10.23)

Antragsteller*in: Gewerkschaftsrat

Status: Angenommen in geänderter Fassung durch Änderungsantrag E 084-Ä002 · E 084-003 · E 084-Ä008 · E 084-Ä010

Der mittlerweile mehr als ein Jahr andauernde völkerrechtswidrige Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine hat die europäische Friedens- und Sicherheitsordnung nach dem Ende des Kalten Krieges massiv beschädigt und unermessliches Leid über die Menschen in der Ukraine gebracht.

Unser Respekt und unsere Solidarität gehören den bedrohten Menschen in der Ukraine, die mutig ihre Freiheit verteidigen. Und unser Respekt und unsere Solidarität gehören auch den Menschen in Russland und Belarus, die sich mutig trotz Verhaftungen und fortgesetzter Repressionen gegen diesen Krieg stellen.

ver.di lehnt Krieg als Mittel der Politik entschieden ab und verurteilt den brutalen Überfall Russlands auf die Ukraine. Die Entscheidung der russischen Führung, gewaltsam Grenzen zu verschieben, ihr mehrfach wiederholtes Bestreben, einem großrussischen Reich wieder mehr Geltung zu verschaffen – in welchen Grenzen auch immer –, ihre Bereitschaft, dafür zahllose Menschenleben unter der Zivilbevölkerung in der Ukraine zu vernichten wie auch ihre eigenen Soldat*innen und Söldner*innen zu opfern, ist durch nichts zu rechtfertigen oder zu relativieren: Russland muss die Angriffe einstellen und seine Truppen aus der Ukraine zurückziehen. Dass Russland seinen unmenschlichen Angriffskrieg unbeirrt und lediglich gebremst durch die ukrainische Verteidigung fortsetzt, stellt die europäische wie auch insgesamt die westliche Staatengemeinschaft und alle, die an Frieden und Sicherheit interessiert sind, vor schwere Herausforderungen und Dilemmata.

Die Entscheidung der Europäischen Union wie auch der Bundesregierung, den russischen Angriff auf die Ukraine nicht unbeantwortet zu lassen und der angegriffenen Ukraine auf vielfältige Weise zu helfen wie auch Sanktionen zu verhängen, die der russischen Führung die Fortsetzung des Angriffskrieges erschweren und russische Oligarchen treffen sollen, die das Kriegsregime stützen, war und ist grundsätzlich richtig. Die Sanktionen müssen dabei zielgenau sein, ihre Einhaltung konsequent überwacht, die Wirksamkeit überprüft und evaluiert und sie müssen gegebenenfalls angepasst werden. Die aktuellen Sanktionen werden diesem Anspruch jedoch nicht gerecht. Dies liegt auch daran, dass die Vermögensverhältnisse in Europa so intransparent sind, dass es nicht möglich ist, konsequent gegen die Vermögen russischer Oligarchen vorzugehen. ver.di fordert deshalb Transparenz über die Vermögensverhältnisse in Deutschland und Europa herzustellen, um konsequent die Stützen des russischen Regimes in den Fokus der Sanktionen nehmen zu können. Sanktionen, die in erster Linie die breite Bevölkerung treffen lehnt ver.di ab. Darüber hinaus muss Russland aufgezeigt werden, mit welchen Schritten es zur Aufhebung der Sanktionen kommen kann. Eine

Perspektive, die die russische Wirtschaft dauerhaft schädigen will, lehnt ver.di ausdrücklich ab. Die Erwartung, dass Russland die Angriffe sowohl auf militärische Frontlinien auf ukrainischem Territorium als auch auf zivile Infrastruktur und die Bevölkerung der Ukraine einstellt und sich zumindest aus ukrainischem Territorium in den Grenzen des Minsker Abkommens zurückzieht, hat sich bislang nicht erfüllt.

Die Ukraine bei ihrer Verteidigung gegen die russischen Angriffe und ihrem Bemühen um Wiederherstellung territorialer Integrität auch mit militärischem Material wie Waffen aus den Reihen der NATO-Mitglieder zu unterstützen, ist völkerrechtlich zulässig und eine Unterstützung der Angegriffenen, die es ihnen ermöglicht, sich weiter zu verteidigen. Zugleich ergibt sich daraus für die unterstützenden Staaten wie Deutschland eine besondere Verantwortung, mit Blick auf Art, Umfang und Schwere gelieferten militärischen Materials, nicht selbst zu einer Kriegspartei in diesem Konflikt zu werden. ver.di lehnt die Lieferung der Taurus-Marschflugkörper an die Ukraine ab. Das Wohl der eigenen Bevölkerung darf nicht gefährdet werden.

Es gibt in der Bevölkerung unterschiedliche Haltungen, die Sorgen sind unübersehbar: Gewaltsame Grenzverschiebungen dürfen nicht toleriert und die Ukraine den russischen Angriffen nicht schutzlos ausgeliefert werden. Das wäre auch ein fatales Signal für etwaige Folgetaten oder Nachahmungen und in der Konsequenz auch eine Bedrohung für Deutschland und die osteuropäischen Nachbarstaaten, aber auch für Europa insgesamt und darüber hinaus. Zugleich darf es nicht zu einer weiteren Eskalation dieses Krieges kommen, die die Bevölkerung in Europa oder darüber hinaus gefährdet, etwa indem Russland auf die militärische Unterstützung der Ukraine mit Atomangriffen reagiert. Beide Sichtweisen sind jeweils nachvollziehbare Positionen und schließen sich auch nicht zwingend aus. Auch wenn sie unterschiedliche „Risikofaktoren“ in den Blick nehmen – die jeweils für sich nicht in Abrede zu stellen sind –, treffen sie sich in der Sorge um eine Ausweitung und Zuspitzung des Krieges und dem Wunsch nach Frieden. Sie entsprechen dem Meinungsspektrum auch in der Mitgliedschaft. Diese unterschiedlichen Meinungen haben ihren Platz in ver.di – ver.di steht für einen respektvollen Umgang untereinander, auch bei strittigen Themen. Uns eint die Ablehnung eines Denkens in rein militärischen Kategorien.

Der öffentliche Diskurs zum weiteren Umgang mit dem Krieg Russlands gegen die Ukraine ist gegenwärtig übermäßig fixiert auf Waffenlieferungen und militärische Lösungen in Kategorien wie „Sieg“ oder „Niederlage“. Das ist problematisch, da so weder Strategien der Konfliktbeilegung jenseits militärischer Gewalt in den Blick genommen werden, noch eine Verständigung darüber in Gang kommt, wie eine längerfristig tragfähige europäische Sicherheits- und Friedensordnung mit Russland jenseits einer Auf- und Hochrüstungsspirale gegenseitiger Abschreckung aussehen kann. ver.di fordert die Bundesregierung, die EU und die internationale Staatengemeinschaft auf, alle diplomatischen Bemühungen zu unternehmen, das Töten und die Vergewaltigung von Menschen in der Ukraine so schnell wie möglich zu beenden und Perspektiven für Frieden und Sicherheit in der Region und Europa insgesamt zu erarbeiten.

Russlands Angriff auf die Ukraine hat in Deutschland auch eine Debatte über die zukünftige Ausrichtung und Ausrüstung der Bundeswehr eröffnet. Angesichts der Erkenntnis, dass es auch im 21. Jahrhundert mitten in Europa zu weitreichenden militärischen Bedrohungen kommen kann, rücken die Fähigkeiten der Bundeswehr zur Landes- und Bündnisverteidigung in den Vordergrund, die Frage von internationalen Auslandseinsätzen demgegenüber in den Hintergrund. ver.di organisiert viele Zivilbeschäftigte bei der Bundeswehr und auch Soldat*innen und tritt für eine Bundeswehr ein, die eine demokratisch kontrollierte Parla-

mentsarmee bleibt, ihrem grundgesetzlichen Auftrag als Verteidigungsarmee gerecht werden kann und die im Grundgesetz verankerte Trennung ziviler Wehrverwaltung und militärischer Organisation zwingend beachtet. Das ist eine Bundeswehr, die sich als Arbeitgeberin umfassend an Tarifverträge hält, die Regeln der Mitbestimmung einhält und bei der alle Beschäftigten, einschließlich der Soldat*innen so ausgestattet sind, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Dabei ist der Soldat*innenberuf kein Beruf wie jeder andere, weshalb es eine besondere Sensibilität in der Bewerbung und öffentlichen Darstellung der Bundeswehr bedarf. Dazu gehört auch, dass keine Werbung der Bundeswehr unter Minderjährigen erfolgt. Keine Kooperation von Schulen und Bundeswehr. Die Entscheidung der Bundesregierung, keine Rekrutierung Minderjähriger zum Dienst an der Waffe mehr zuzulassen war deshalb ein richtiger Schritt.

Die Bundeswehr hat angesichts von kostspieligen und teils zweifelhaften Auslandseinsätzen der vergangenen Jahrzehnte einerseits und Sparmaßnahmen andererseits, wie sie auch andere Bereiche der öffentlichen Daseinsvorsorge betrafen, Infrastrukturdefizite und Ausrüstungsmängel bis hin zu unzureichender persönlicher Kleidung von Soldat*innen zu beklagen. Erst langsam setzt sich die Einsicht durch, dass die Organisation und Ausstattung von Streitkräften nach Wirtschaftlichkeitsgesichtspunkten und unter Privatisierung vormals öffentlicher Aufgaben wie Bewachung, Fahrdienst oder Verpflegung gerade im zivilen Bereich der Bundeswehr ein Fehler war. Wie auch in anderen Bereichen gilt, dass der Staat eine originär staatliche Aufgabe der Daseinsvorsorge wie Verteidigung auch in öffentlicher Hand wahrnehmen muss. Die Behebung der bestehenden Mängel bedarf finanzieller Mittel. Angesichts des russischen Angriffs auf die Ukraine jedoch ad hoc Schulden in Form eines Sondervermögens von 100 Milliarden Euro ausschließlich für die Bundeswehr aus dem Ärmel zu schütteln, während andere Bereiche öffentlicher Daseinsvorsorge wie KiTas, Schulen, Krankenhäuser und viele weitere öffentliche materielle und soziale Infrastrukturen bekanntermaßen seit vielen Jahren unter massiven Investitionsdefiziten leiden, ohne dass seitens der Bundesregierung auch nur ansatzweise ähnliche Programme erwogen wurden, ist mehr als fragwürdig und wird daher von ver.di abgelehnt.

Noch kritischer ist das Vorhaben der Bundesregierung zu sehen, das Zwei-Prozent-Ziel der NATO dauerhaft erfüllen oder übererfüllen zu wollen. Abgesehen von den massiven Mehrausgaben, die wir ablehnen, ausgehend von den derzeitigen Verteidigungsausgaben in Höhe von ca. 1,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes, werden Militärausgaben damit an konjunkturelle Schwankungen gekoppelt, nach der sie bei guter Konjunktur stark ansteigen, in einer Rezession aber auch sinken können. Das Zwei-Prozent-Ziel ist keine geeignete Orientierungsgröße für die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr und wird daher von ver.di abgelehnt. Konkrete Ausstattungsbedarfe der Bundeswehr müssen politisch entschieden und öffentlich diskutiert werden. Sie bedürfen der parlamentarischen Kontrolle und demokratischen Debatte und nicht eines konjunkturabhängigen Automatismus. Der richtige politische Maßstab ist, die finanzielle Ausstattung der Bundeswehr an dem zu bemessen, was zur Erfüllung ihrer Aufgaben in der Landes- und Bündnisverteidigung erforderlich ist. Dafür setzt ver.di sich auch im Interesse der Kolleg*innen in der Bundeswehr ein.

So bedrohlich der Krieg Russlands gegen die Ukraine keine 1.000 Kilometer von deutschen Grenzen entfernt ist, es darf daraus nicht der Schluss einer Auf- und Hochrüstung der Bundeswehr und der NATO gezogen werden. Das betrifft zum einen die Entwicklung neuartiger Waffen und Waffensysteme und der Verwendung neuer Technologien, wie „Künstlicher Intelligenz“. Weder dürfen öffentliche Hochschulen und Forschungseinrichtungen auf die eine oder andere Weise, etwa durch strukturelle Unterfinanzierung, dazu gedrängt werden, ent-

sprechende Forschung durchzuführen (und Zivilklauseln faktisch auszuhebeln), noch dürfen autonome Waffensysteme entwickelt oder durch die Bundeswehr eingesetzt werden. ver.di fordert die Bundesregierung auf, sich für die weltweite Ächtung autonomer Waffen einzusetzen. Zum anderen betrifft das die mit der Anschaffung amerikanischer F35-Kampffjets bereits eingeleitete Modernisierung der „nuklearen Teilhabe“ Deutschlands, die von ver.di abgelehnt wird. Die zerstörerischen Folgen eines Einsatzes von Nuklearwaffen sind kaum berechenbar, die Auswirkungen auf Menschen und andere Lebewesen hinsichtlich der Betroffenheit in räumlicher und zeitlicher Hinsicht schwer einzugrenzen. Auch hier sollte sich die Bundesregierung wie auch bezüglich anderer biologischer und chemischer Massenvernichtungswaffen für eine weltweite Ächtung einsetzen und darauf hinarbeiten, dass weitere Staaten dem Atomwaffensperrvertrag beitreten und selbst den Atomwaffenverbotsvertrag zu unterzeichnen und zu ratifizieren.

Mit Sorge sieht ver.di die Fortdauer der viel zu vielen anderen Kriege und gewaltsamen Konflikte in der Welt. Diese sind angesichts des Krieges in der Ukraine teilweise weiter aus der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt oder werden gar im Schatten dieses Krieges intensiviert. Die Menschen auch in Konfliktregionen wie Äthiopien, dem Jemen, Sudan, Iran und Syrien haben ein Recht auf Wahrung ihrer körperlichen Unversehrtheit, ihrer Menschenrechte und ihrer Freiheit, auf ein Leben frei von Armut und Not, ein Recht auf gute Arbeit und auf Zukunftsperspektiven. Die internationale Staatengemeinschaft darf diese Menschen nicht vergessen und muss die Bemühungen um friedliche Beilegungen dieser Konflikte verstärken.

Besonders besorgniserregend ist, dass nicht nur laufende Kriege und Konflikte in den letzten Jahren nicht oder kaum weniger geworden sind, sondern dass auch geopolitische Spannungen zwischen Weltregionen zugenommen haben und eine Rückkehr des Denkens in Machtblöcken zu beobachten ist. Solche Denkweisen und daran ausgerichtetes Handeln von Regierungen in den internationalen Beziehungen bedeuten einen gefährlichen Rückschritt in Richtung vermehrter Konfrontation. Die Herausforderungen, vor denen die Menschheit als Ganzes in diesen Tagen steht, lassen sich jedoch nur gemeinsam, mit intensiverer Kooperation bewältigen. Es braucht daher dringend intensiver Bemühungen Deutschlands und der internationalen Staatengemeinschaft, um allgemeine und weltweite kontrollierte Abrüstung.

ver.di wirbt im DGB für einen erweiterten, umfassenden Sicherheitsbegriff, der nicht nur auf militärische Sicherheit beschränkt ist, sondern auch soziale Sicherheit, Gesundheit (Stichwort Pandemien), Versorgungssicherheit, eine faire Globalisierung, ökologische Nachhaltigkeit, Klimaresilienz und nicht zuletzt Geschlechtergerechtigkeit umfasst. Sowohl die Corona-Pandemie als auch die Auswirkungen des menschengemachten Klimawandels zeigen auf die eine oder andere Weise, dass auf einem begrenzten Planeten mit Milliarden Menschen, die auf vielfältige Weise voneinander abhängig und aufeinander angewiesen sind, letztlich niemand sicher ist, bevor es nicht alle sind. Erst wenn eine solch umfassende Sicherheit für alle Menschen realisiert ist, werden wir von einer gerechten und dauerhaft friedlichen Weltordnung sprechen können. Eine Aufgabe für Generationen, an deren Mitwirkung sich ver.di hier und jetzt im Rahmen der deutschen wie der europäischen und internationalen Gewerkschaftsbewegung wie auch der Friedensbewegung verpflichtet sieht.

Diese Perspektive einer umfassenden Sicherheit für alle Erdenbürger*innen zu verfolgen, muss aus Sicht von ver.di oberstes Ziel der internationalen Staatengemeinschaft sein, das in ihren höchsten Institutionen wie den Vereinten Nationen und ihrer Unterorganisationen verfolgt werden muss.